



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

Kriminalität deutlich gesunken

Mehr Polizei, härtere Strafen und ein Förderprogramm zur Wohnungssicherung wirken

Bundesinnenminister Horst Seehofer hat am Dienstag die Polizeiliche Kriminalstatistik 2018 vorgestellt. Besonders erfreulich ist dabei der Rückgang der Wohnungseinbrüche auf einen historischen Tiefststand.

Horst Seehofer ist nicht dafür bekannt, Kriminalität zu verharmlosen und Rücksicht auf vermeintliche Sprechverbote zu nehmen. In dieser Woche aber hat er zu Recht erklärt, Deutschland gehöre zu den sichersten Ländern weltweit. Aus der neuen Statistik ergibt sich, dass die Kriminalität im letzten Jahr deutlich zurückgegangen ist. So sank z.B. die Zahl der Wohnungseinbrüche um 16%. 2018 gab es weniger als 100.000 Wohnungseinbrüche, während es im Jahr 2015 noch 167.000 waren. Die Dunkelziffer ist bei Wohnungseinbrüchen aufgrund des in aller Regel bestehenden Versicherungsschutzes im Übrigen gleich null. Aber auch andere Entwicklungen sind erfreulich: Die Zahl der Autodiebstähle sank um 9%. Bei Diebstählen waren es 7,5% weniger, bei Handtaschendiebstählen sogar 18%. Auch die Zahl der Vergewaltigungen ist um 18% zurückgegangen. Zudem stieg die Zahl der ausländischen Straftäter nicht. Seit einiger Zeit enthält die Kriminalitätsstatistik eine eigene Rubrik „Zuwanderer“.

Bei den Wohnungseinbrüchen machen sich zwei politische Entscheidungen bemerkbar, für die CDU und CSU mit der SPD lange gerungen hatten: Zum einen wurde 2017 der Strafraum für Wohnungseinbrüche deutlich erhöht. Die Mindeststrafe beträgt nun nicht mehr drei Monate, sondern ein Jahr Gefängnis. Da Wohnungseinbrüche nun als „Verbrechen“ eingestuft sind, können Ermittlungsverfahren auch nicht eingestellt werden. Zum anderen wurde ebenfalls 2017 ein Programm zur Förderung des Einbruchsschutzes für Wohnungen und Häuser

aufgelegt, für das inzwischen 65 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Über 40% aller Einbrüche bleiben im Versuchsstadium stecken, weil die Täter nicht schnell genug in die Wohnung eindringen können. Das zeigt, wie wichtig Sicherungsmaßnahmen sind. Eine Förderung von 20% wird bereits ab einer Investition von 500 Euro gewährt und kann über die KfW beantragt werden.

Es zahlt sich aus, dass die Union die Innere Sicherheit ins Zentrum der Politik gerückt und im Bundeshaushalt zu einem Investitionsschwerpunkt gemacht hat. Doch die erneut gesunkene Zahl der registrierten Straftaten ist für uns kein Grund zur Entwarnung. Sie ist uns – gerade auch mit Blick auf die Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zur Kriminalitätswahrnehmung – vor allem Ansporn. CDU und CSU werden die Hände nicht in den Schoß legen und zügig die im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen für mehr Sicherheit umsetzen. Dazu zählt insbesondere der Pakt für den Rechtsstaat mit weiteren 15.000 Polizisten im Bund und den Ländern. Dort, wo noch Regelungslücken bestehen, dürfen wir aber nicht untätig bleiben: Wir wollen sicherstellen, dass die Ermittlungsbehörden künftig bei Verdacht eines Einbruchdiebstahls in eine Privatwohnung die Telekommunikation überwachen und aufzeichnen können. Das ist bislang nur bei schwereren Gewalttaten und Terrorismusverdacht möglich.

Auch unseren Kampf gegen die Organisierte Kriminalität müssen wir weiter intensivieren. Unsere Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung wirkt bereits. Bundesweit wurden bereits Grundstücke und andere Vermögenswerte in Millionenhöhe beschlagnahmt. Verbrechen dürfen sich nicht lohnen.

Am Mittwoch hatte die britische Premierministerin die EU um eine Verschiebung des Brexit auf den 30. Juni gebeten. Dieses Datum stieß in Berlin und Brüssel auf Ablehnung, denn es läge nach den Wahlen zum Europaparlament, die vom 23. bis 26. Mai abgehalten werden. Diese ungewöhnlich lange Wahlphase ist notwendig, weil in einigen EU-Staaten grundsätzlich nicht sonntags gewählt wird. Die Europäischen Verträge sehen aber vor, dass in jedem Staat, der zum Zeitpunkt der Wahlen Mitglied der EU ist, auch zwingend Wahlen durchzuführen sind. Ansonsten käme es zu einer Verletzung des Wahlrechts der jeweiligen Staatsbürger und der EU-Bürger, die in diesem Staat dauerhaft leben.

Nun wurde folgender Beschluss gefasst: Wenn das britische Parlament dem Austrittsabkommen in der nächsten Woche zustimmt, verschiebt sich der Austritt auf den 22. Mai 2019, also direkt vor den Wahlen. Sollte das Parlament seine Zustimmung in der

nächsten Woche jedoch verweigern, wird eine Fristverlängerung bis zum 12. April gewährt. Bis zu diesem Datum muss Großbritannien – so sehen es die Fristen in der britischen Gesetzgebung vor – entschieden haben, ob es an den Wahlen zum EU-Parlament teilnimmt. Zudem muss Großbritannien dem Europäischen Rat bis zum 12. April einen Plan vorlegen, welchen Weg das Land weiter beschreiten will. Im Ernstfall könnte dies einen weiteren EU-Gipfel nötig machen.

Es liegt nun an den britischen Abgeordneten endlich ihrer Verantwortung für ihre Bürger wahrzunehmen. Schlimm genug, dass Großbritannien die EU verlässt. Aber ein harter Brexit ohne Abkommen hätte auf beiden Seiten des Ärmelkanals unabsehbare Folgen. Das Austrittsabkommen enthält auch für die EU viele nicht einfache Kompromisse. Trotzdem ist es sinnvoll, weil es das Chaos eines ungeregelten Austritts und eine neue harte Grenze auf der irischen Insel verhindert. Wie explosiv die Lage dort ist zeigte sich erst kürzlich, als nach Jahren der Ruhe wieder die erste Autobombe detonierte.

Deutsch-Französisches Parlamentsabkommen verabschiedet

Gunther Krichbaum wird Mitglied der Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung

Der Bundestag hat das Deutsch-Französische Parlamentsabkommen gebilligt. Kernstück des Parlamentsabkommens ist eine neue Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung, die am 25. März 2019 in Paris erstmals zusammentritt. Die Versammlung besteht aus fünfzig Mitgliedern des Deutschen Bundestages und fünfzig Mitgliedern der Assemblée nationale und soll künftig zweimal pro Jahr tagen. Die CDU/CSU-Fraktion hat auch Gunther Krichbaum in diese Versammlung berufen. Dort

Frühjahrsbelegung auf dem Arbeitsmarkt.

Infolge der klassischen Belegung des Arbeitsmarktes im März ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland in diesem Monat auf 2,3 Millionen gesunken. Das ist der niedrigste Wert seit März 1991. Im Vergleich zum Vormonat waren 72.000 Menschen weniger auf Jobsuche. Gegenüber dem März des Vorjahres lag die Arbeitslosenzahl sogar um 157.000 niedriger. Die Arbeitslosenquote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent.

werden Abgeordnete aus Frankreich und Deutschland erstmals die Gelegenheit haben, regelmäßig gemeinsam über aktuelle Themen zu beraten, gemeinsam nach Lösungen für die vielen Herausforderungen zu suchen, die beide Länder und die gesamte EU betreffen. Mit beiden Abkommen wird die deutsch-französische Freundschaft auf ein noch breiteres Fundament gestellt.

Steigende Temperaturen sorgen im Baugewerbe, aber auch der Gastronomie wieder für mehr Beschäftigung. Über die Frühjahrsbelegung hinaus halte laut Experten die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt weiter an, auch wenn die Dynamik spürbar nachlasse.

Mehr Bafög

Der Bundestag hat mit den Beratungen zu höheren BAföG-Sätzen begonnen, die zum Beginn des kommenden Schuljahres bzw. des Wintersemesters gelten sollen. Mit einer Anhebung der Einkommensfreibeträge in drei Stufen um insgesamt 16 Prozent ermöglichen wir die Förderung weiterer Studenten und Schüler. Für alle BAföG-Empfänger stellen wir mit der Erhöhung der Bedarfssätze in zwei Stufen 2019 und 2020 um insgesamt sieben Prozent mehr Unterstützung bereit. Auch der Wohnzuschlag für Studierende, die außerhalb der elterlichen Wohnung wohnen, steigt von bisher 250 auf künftig 325 Euro monatlich an. Mit den geplanten Maßnahmen heben wir den Höchstbetrag der Förderung um gut 17 Prozent von aktuell 735 Euro auf 861 Euro im Jahr 2020 an. Auch bei den Rückzahlungsmodalitäten sind einige Erleichterungen vorgesehen.

Sozialleistungsmissbrauch stoppen

Der Bundestag hat das Gesetz gegen illegale Beschäftigung und Sozialleistungsmissbrauch in erster Lesung beraten. Mit diesem Gesetz werden Arbeitnehmer besser gegen illegale Lohnpraktiken und Arbeitsausbeutung geschützt. Dazu werden die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Prüfungs- und Ermittlungs-tätigkeiten der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) beim Zoll weiter verbessert. Die FKS erhält hierfür neue Zuständigkeiten im Bereich der Bekämpfung von Menschenhandel und Arbeitsausbeutung. So kann sie zukünftig z. B. bereits bei der Anbahnung illegaler Beschäftigung auf Tagelöhnerbörsen (dem sog. „Arbeitsstrich“) tätig werden, das Anbieten von Schwarzarbeit in Zeitungen und Online-Plattformen verfolgen. Die personelle Ausstattung der FKS wird hierzu deutlich ausgebaut. Der Zoll erhält bis 2030 insgesamt 4.360 zusätzliche Arbeitsstellen.

Neuer Schub für die Energiewende

Am Donnerstag hat der Bundestag das Gesetz zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus (NABEG) beschlossen. Das Gesetz trägt dazu bei, den Ausbau der Stromnetze zu beschleunigen. Dies ist dringend erforderlich, wenn der geplante Umstieg auf erneuerbare Energien gelingen soll. Denn heute hält der Ausbau der Stromnetze nicht Schritt mit dem Ausbau der Erzeugung von Strom aus Wind

und Sonne. Folge dessen sind hohe, unnötige Zusatzkosten für die Verbraucher. Netzengpässe führen oftmals dazu, dass der erneuerbare Strom nicht in das Netz eingespeist werden kann. Trotzdem wird dieser Strom vergütet, während zusätzlich teure Reservekraftwerke angefahren werden müssen, um die sichere Stromversorgung deutschlandweit zu gewährleisten. Daher ist es wichtig, die Stromnetze auszubauen und zu ertüchtigen, damit der durch Wind und Sonne erzeugte Strom auch wirklich zum Verbraucher gelangt. Dies erhöht gleichzeitig die Akzeptanz für die Errichtung neuer Windkraft- und Solaranlagen.

Gunther Krichbaum zu Gast beim „SWR Interview der Woche“

In dieser Woche war Gunther Krichbaum zu Gast beim „SWR Interview der Woche“, das in Berlin aufgezeichnet wurde.

Die Ausstrahlung des vollen Gesprächs (24 Minuten) ist bei [SWR aktuell](#) wie folgt geplant:

Freitag: 19:05 Uhr

Samstag: 11:05 Uhr und 15:30 Uhr

Sonntag: 8:03 Uhr und 13:30 Uhr

Zudem werden SWR aktuell und SWR 2 am Wochenende Kurzversionen senden.